

o. 714.11.

o.-RN/fb

o. 714.12.

Bern, den 27. März 1979

A k t e n n o t i zAussenpolitische Debatte im
Ständerat vom 21. März 1979

Bundesrat Aubert beantwortete am 21.3.1979 im Ständerat die dringliche Interpellation der Kommission für Auswärtige Angelegenheiten vom 5.3.1979.

Darin hat sich die Kommission nach den Resultaten von Auberts Afrikareise sowie den Grundzügen und Zielen seiner aktiveren Aussenpolitik erkundigt.

Die Interpellation wurde von Kommissionspräsident Guntern (cvp, Wallis) begründet. Anschliessend an die Ausführungen von Bundesrat Aubert nahmen acht weitere Redner an der Debatte teil.

Im Zentrum der einzelnen Voten stand vielfach die Reisediplomatie des Bundesrates. Bei der Diskussion über die aktive Aussenpolitik wurden vor allem grundlegende Ueberlegungen zum Thema der Neutralität sowie der Rolle des Parlaments in der schweizerischen Aussenpolitik angestellt. Diese sind für uns namentlich im Hinblick auf die Botschaft über den UNO-Beitritt von besonderem Interesse.

Für Kommissionspräsident Guntern hat die Afrikareise Auberts die Aussenpolitik - und das ist nicht ihr geringster Erfolg - zum nationalen Ereignis gemacht. Sie gab die Möglichkeit, jungen Staaten die Neutralität sowie andere Eigenheiten unseres Systems zu erklären.

Eine aktive Aussenpolitik ist für unser Land, das so stark auslandabhängig ist, eine Notwendigkeit. "Unsere Auslandsabhängigkeit ist grösser als der Einfluss, den wir im Ausland haben." In der Wirtschaft ist die Oeffnung nach aussen selbstverständlich, in der Politik pflegen wir aber unter Berufung auf die Neutralität eine gewisse Reduktionalität. Dabei ist es für einen Kleinstaat ebenso wichtig, sich für die Sicherheit



des Friedens und die Verwirklichung der Menschenrechte einzusetzen.

Es genügt jedoch nicht, dass die Regierung die Notwendigkeit einer aktiven Aussenpolitik einsieht. Bei der Verwirklichung ihrer Ziele darf sie den Konkordanzcharakter unserer Politik sowie die direktdemokratischen Institutionen nicht ausser acht lassen. Das Konkordanzsystem bedingt vielfach Kompromisslösungen auf einem relativ kleinen Nenner. "Es nützt auch nichts, dass der Bergführer allein geht; er muss Rücksicht nehmen auf die übrige Seilschaft."

Bürgi (fdp, St.Gallen) bemerkt, die Aubert-Reise habe uns wieder einmal daran erinnert, dass wir der Aussenpolitik im Rahmen unserer parlamentarischen Prioritäten einen höheren Stellenwert einräumen sollten. Wenn die Universalität der Wirtschaftsbeziehungen für uns selbstverständlich ist, so müssen wir doch auch erkennen, dass diese notwendigerweise von einer politischen Präsenz begleitet wird.

Diese kann allerdings nur im Rahmen der überlieferten Neutralität erfolgen. Die überwiegende Mehrheit des schweizerischen Volkes betrachtet die Maxime der Neutralität weiterhin als klare Richtschnur unserer Aussenpolitik. Darin vereinigt sich eine jahrhundertelange aussenpolitische Erfahrung. "Es zeichnet sich ja nicht die Spur einer Alternative zu dieser Politik ab."

Die Schwierigkeit ist jedoch, dass die Wahrung der Neutralität heute in einer gewandelten Welt erfolgen muss. Indessen ist klar, dass die Neutralität wenig Gelegenheit zu spektakulären Erfolgen gibt. Unsere Aussenpolitik kann auf die Dauer nur mit grosser Geduld und gewohnter helvetischer Nüchternheit betrieben werden.

Schlumpf (svp, Graubünden) geht auf die Kompetenzverteilung in der schweizerischen Aussenpolitik ein. Er unterstreicht die Notwendigkeit, zwischen den drei Trägerschaften (Souverän, Legislative, Exekutive) eine gewisse 'unité de doctrine' herzustellen. In den letzten Jahren hat man diesbezüglich zu wenig gemacht. Meinungsverschiedenheiten bestehen vor allem in bezug auf die Gewichtung der Elemente, die zu den Grundsäulen unserer Aussenpolitik gehören.

Erschwerend ist auch der Umstand, dass im Volk- aber auch im Parlament- das notwendige Interesse für aussenpolitische Belange fehlt. Zwar ist der Durchschnittsschweizer über die Weltgeschehnisse gut informiert. Er fühlt sich aber am wohlsten, wenn er irgendeine Doktrin der Reduitstellung verteidigen kann. Schlumpf glaubt, dass der Begriff der Neutralität bei uns gelegentlich zu extensiv verstanden wird. "Neutralität heisst an sich Nichteinmischung, heisst aber nicht Nicht-Teilnahme; Neutralität ist eine Verhaltensmaxime, nicht ein Verbot."

Schlumpf spricht sich für eine aktivere Aussenpolitik aus. Er ist überzeugt, dass auch das Parlament eine Rolle zu spielen hat. Es geht vor allem darum, die Öffentlichkeit vermehrt für aussenpolitische Belange zu interessieren. Seiner Meinung nach kann man das nicht nur den Medien überlassen. Die Parteien und ihre politischen Stäbe sollten vermehrt aussenpolitische Fragen in ihr Tätigkeitsfeld einbeziehen. Nur so kann die 'unité de doctrine' unter den 3 verschiedenen Trägern der schweizerischen Aussenpolitik gefördert werden.

Für Jauslin (fdp, Baselland) haben Parlament und Regierung in der Aussenpolitik verschiedene Aufgaben. In der Kommission für Auswärtige Angelegenheiten soll mit dem Aussenminister ein interner Meinungsaustausch stattfinden, der gegebenenfalls erlaubt, ihn in der Öffentlichkeit zu unterstützen. Die Diskussionen im Plenum sind notwendig, um einerseits das Meinungsbild des Volkes wiederzugeben, von dem das Ausland vielleicht Kenntnis nehmen muss. Andererseits müssen wir im Plenum darüber diskutieren, damit die Meinungsbildung im Volk auf breiterer Ebene gefördert wird. "Denn wir können nicht zuwarten mit wesentlichen Schritten!"

Bächtold (fdp, Schaffhausen) sieht das Fazit der aussenpolitischen Debatte im National- und Ständerat darin, "dass die Auffassung des Bundesrates, unsere schweizerische Aussenpolitik sollte eine Aktivierung erfahren, eine eindeutige Mehrheit hinter sich hat."

Allerdings gehen die Meinungen, wie diese aktive Aussenpolitik gestaltet werden soll, noch erheblich auseinander. In einem kon-

kreten Punkt liegt die Kontroverse auf der Hand : der Beitritt der Schweiz zu den Vereinten Nationen. Der Bundesrat ist der Auffassung, dass damit die Neutralitätspolitik sinnvoller gestaltet werden könnte. Andere meinen, die Schweiz könne als Nichtmitglied der Staatengemeinschaft mehr Dienste leisten.

Klar ist indessen, dass unsere Neutralität heute von der Umwelt nicht mehr als eine selbstverständliche und im Interesse aller liegende Gegebenheit hingenommen wird. "In den Zeiten des europäischen Gleichgewichtes war es jederman leicht verständlich, dass das im Zentrum Europas liegende und strategisch wichtige Gebiet der Schweiz in keinen Krieg hineingezogen und von keiner Grossmacht besetzt werden dürfe." In der heutigen Staatenwelt gilt diese Rechtfertigung nicht mehr oder wird nicht mehr entgegengenommen. Die grundlegende Wandlung in der internationalen Situation wird klar, wenn man den machtmässigen Rang der Signatarstaaten unserer Neutralitätsakte von 1815 mit der heutigen Konstellation vergleicht.

Eine aktive Neutralitätspolitik ist schon deshalb wichtig, um für unsere Anliegen bei den neuen Staaten Verständnis zu finden. Sie ist aber auch deshalb notwendig, weil sich die Bedeutung der Neutralität vom Krieg auf den Frieden verschoben hat. "Der Neutrale wird heute vor allem nach seinem Verhalten im Frieden und nach dem, was er zur Erhaltung des Friedens leistet, beurteilt."

Zur Verurteilung der Apartheid stellt Bächtold fest, der 2. Weltkrieg habe uns gelehrt, dass Neutralität nicht Gesinnungslosigkeit bedeute. Er meint jedoch, dass ein offizieller Vertreter des Staates diesbezüglich mehr Zurückhaltung üben müsse als der gewöhnliche Bürger. Er warnt vor allem zu raschem Vorpellen und fordert Bundesrat Aubert auf, seine Aussenpolitik besser innenpolitisch abzusichern.

Bedeutende Schritte in der Aussenpolitik sind allerdings im Parlament und im Volk öfters auf schwere Bedenken gestossen. Bächtold erinnert an die Hemmungen, die wir beim Beitritt zur OECE oder zum Europarat empfanden. "Der Historiker wird im Rückblick sagen müssen, dass die Bedenken meist übermässig gross waren. Selbst der kühnste Schritt der Schweiz in der Aussenpolitik in diesem Jahrhundert, der

Beitritt zum Völkerbund, wird heute von der Geschichtsschreibung auch eher wieder positiv beurteilt, weil die Schweiz in jenen Jahren auf internationalem Gebiet eine selten fruchtbare Tätigkeit hat entfalten können."

Für Weber (soz., Solothurn) hat sich die Schweiz zur Zeit des 2. Weltkrieges auf eine Neutralität eingespielt, die heute nur noch von einem kleinen Teil der Welt verstanden werden kann. Die Zeiten haben sich geändert und heutzutage wird unsere Neutralität manchmal gar nicht zur Kenntnis genommen. Die Schweiz sitzt auf der Seite der Industriestaaten und wird von der anderen Seite auch entsprechend eingestuft. "Ob wir der UNO angehören oder nicht, wir sind mitten drin!" Nur eine dynamische Aussenpolitik kann die klare Absicht des Landes in vielen Fällen zur Geltung bringen.

Botschafter Weitnauer hat kürzlich in Basel die Bemerkung gemacht, dass es in aussenwirtschaftlichen Fragen keine Neutralität gebe. Weber möchte die Richtigkeit dieser Aussage bezweifeln. Auf alle Fälle stellt er die Frage, ob der Einklang zwischen dem Handeln von Bundesrat Aubert und den Aussagen seines Generalsekretärs noch gegeben sei.

Dobler (cvp, Schwyz) kann sich grundsätzlich mit einer dynamischen Aussenpolitik einverstanden erklären, sofern sie auf einer glaubwürdigen Abwehrbereitschaft unseres neutralen Staates aufbauen kann. Wer die Geschichte unserer Neutralität näher kennt, muss feststellen, dass bereits unsere Vorfahren unter der Neutralität nicht eine passive, sondern eine aktive Maxime verstanden haben.

Was hingegen am neuen Stil der schweizerischen Aussenpolitik zu kritisieren ist, ist die fehlende Systematik. "Unsere Neutralitätspolitik muss auch in Zukunft Grundsatzpolitik bleiben und darf nicht durch pragmatische Einzelaktionen zur Opportunitätspolitik werden."

Hefti (fdp, Glarus) ermahnt den Bundesrat, in seinen Beziehungen zur PLO dem treu zu bleiben, was Bundesrat Graber bei der Eröffnung des PLO-Büros in Genf gesagt hat. Was unsere Beziehungen zu den Blockfreien betrifft, ist er der Auffassung, dass wir nicht nach Havanna gehen sollten. "Es ist wie im Privatleben: man darf

sich nicht in allen Quartieren zeigen, auch wenn es interessant sein könnte." Den Begriff der dynamischen Aussenpolitik lehnt er ab. Dynamische Aussenpolitik kann nur von Grossmächten betrieben werden.

Donzé (soz., Genf) hält eine aktive Aussenpolitik u.a. auch deshalb für notwendig, weil wir Gastland von zahlreichen internationalen Organisationen sind. Zur Afrika-Reise von Bundesrat Aubert meint er, dass wir als Nicht-Mitglied der Vereinten Nationen viel weniger Möglichkeiten hätten, mit den neuen Staaten der Dritten Welt ins Gespräch zu kommen. Er wünscht sich eine Erhöhung der Entwicklungshilfe und warnt davor, unsere Beziehungen zum afrikanischen Kontinent einseitig auf Süd-Afrika abstellen zu wollen. In der Frage des UNO-Beitritts fordert er klipp und klar eine Beschleunigung : "Je souhaite donc vivement que le Conseil Fédéral nous soumette dans les mois à venir une proposition d'adhésion."


(A. Ritz)

Kopie geht an:

- PO
- RD
- GR
- MAY
- STB